

Theorie und Praxis des Übergangs zur marktwirtschaftlichen Ordnung in den ehemals sozialistischen Ländern

Reinhard Blum

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Blum, Reinhard. 1991. "Theorie und Praxis des Übergangs zur marktwirtschaftlichen Ordnung in den ehemals sozialistischen Ländern." Augsburg: Volkswirtschaftliches Institut, Universität Augsburg.

Nutzungsbedingungen / Terms of use:

licgercopyright

Dieses Dokument wird unter folgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt: / This document is made available under these conditions:

Deutsches Urheberrecht

Weitere Informationen finden Sie unter: / For more information see:

<https://www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/publizieren-zitieren-archivieren/publiz/>



INSTITUT FÜR VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE

der

UNIVERSITÄT AUGSBURG



**Theorie und Praxis des Übergangs zur marktwirtschaftlichen
Ordnung in den ehemals sozialistischen Ländern**

von

Reinhard Blum

Beitrag Nr. 54

März 1991

01

**QC
072
V922
-54**

Volkswirtschaftliche Diskussionsreihe

~~401 QD 120~~ B 658 + 2

~~011 QC 072~~ V 922-54

Institut für Volkswirtschaftslehre

Universität Augsburg

Memminger Straße 14
8900 Augsburg
Tel.-Nr. (08 21) 5 98-1(1)
Telex 5 3 830 uniaug
Telefax (08 21) 5 98-55 05

Theorie und Praxis des Übergangs zur marktwirtschaftlichen

Ordnung in den ehemals sozialistischen Ländern

von

Reinhard Blum

Beitrag Nr. 54

März 1991

UB Augsburg

<08025903700039

<08025903700039

Institutsdirektoren: Prof. Dr. R. Blum, Prof. Dr. B. Gahlen, Prof. Dr. H. Hanusch, Prof. Dr. H. Lampert, Prof. Dr. M. Pfaff
Geschäftsführer: Dr. E. von Knorring



Theorie und Praxis des Übergangs zur marktwirtschaftlichen Ordnung in den ehemals sozialistischen Ländern

von Reinhard Blum

Wer durch die neuen Bundesländer Deutschlands reist und mit gesundem Menschenverstand sieht, was dort alles zu tun ist, erschrickt über die steigende Zahl der offenen und in "Kurzarbeit" versteckten Arbeitslosen. Neueste Schätzungen schließen nicht aus, daß bis Ende 1991 drei Millionen und mehr der acht Millionen Arbeitskräfte in den neuen Bundesländern arbeitslos sein könnten. Es erschreckt der Gleichmut, mit dem diese Entwicklung von den Ökonomen als "notwendig" hingenommen wird. Die Situation erinnert an die Sackgasse wirtschaftlichen Sachverstands in der Weltwirtschaftskrise vor 60 Jahren, gemildert lediglich durch ein besseres soziales Netz für Arbeitslosigkeit. Das macht jedoch die ökonomische Unvernunft keineswegs kleiner. Etwa 30 Milliarden DM wendet allein die Bundesanstalt für Arbeit 1991 für Ressourcen der Volkswirtschaft auf, die nicht genutzt werden.

Das fordert dazu heraus, Theorie und Praxis eines Übergangs zur marktwirtschaftlichen Ordnung aufgrund der deutschen Erfahrung mit der Sozialen Marktwirtschaft nach 1945 etwas näher zu beleuchten. Dies soll in folgenden Schritten geschehen:

1. "Dritte Wege" als "real existierender" Sozialismus und Kapitalismus.
2. Erste und zweite Wege als alternative Strategien für eine ideale Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.
3. Marktwirtschaftliche Weltrevolution statt sozialistischer Weltrevolution?
4. Ohne Theorie und Praxis beim Übergang zur Marktwirtschaft?
5. Folgerungen für die Wirtschaftsreform in der DDR.

1. "Dritte Wege" als "real existierender" Sozialismus und Kapitalismus

Im internationalen Sprachgebrauch meint der Begriff "Kapitalismus" Marktwirtschaft. Er besitzt nicht die starke negative Wertung wie in der deutschen AlltagsSprache. Der Wunsch nach "Marktwirtschaft pur" wurzelt in der "Prognose": Der Sozialismus ist tot - es lebe der Kapitalismus. Bemerkenswert an dieser Erwartung ist, daß es nur diese beiden Wege einer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung zu geben scheint - Marktwirtschaft oder Planwirtschaft, Freiheit oder Sozialismus. Folgerichtig werden "dritte Wege" in konsequenter Anwendung sozialistischer oder marktwirtschaftlicher Prinzipien abgelehnt. Diese - logische - Denkstruktur (gemäß dem Gesetz der Logik, daß es ein Drittes nicht gibt: tertium non datur) erleichtert das Freund-Feind-Muster im politischen Denken. Neutralität, ein dritter Weg, ist nicht möglich bzw. macht sich zumindest verdächtig.

Die Anwendung dieser Denkstruktur auf den "real existierenden Sozialismus" und den "real existierenden Kapitalismus" macht Schwierigkeiten, weil kapitalistische und sozialistische Elemente in vielfältiger Ausprägung sowohl in marktwirtschaftlichen Ländern als auch in sozialistischen Ländern vorhanden sind bzw. vorhanden waren. Es handelt sich in der charakterisierten Denkstruktur um "Mischsysteme" oder eben "dritte Wege". In den östlichen und westlichen Besatzungszonen Deutschlands nach 1945 entstand der Wunsch nach einem "dritten Weg" zwischen Ost und West, Sowjetunion und Vereinigte Staaten, Kapitalismus und Sozialismus. Die spätere DDR mußte sich dem sowjetischen Dogmatismus fügen und auf einen "eigenen dritten Weg" verzichten. Nach dem "Tod des Sozialismus" besteht die Gefahr, nun von einem "marktwirtschaftlichen Dogmatismus" überrannt zu werden.

Das Gefährliche daran ist, daß bei Versagen des Prinzips die Ursache in der mangelnden Reinheit seiner Verwirklichung gesehen werden kann oder als "Altlast" der alten Ordnung. Umgekehrt wird das Wirtschaftswunder in der Bundesrepublik durch Soziale Marktwirtschaft allein der Marktwirtschaft zugeschrieben und nicht auch der "sozial verantwortlich gesteuerten Marktwirtschaft" (Bundeskanzler Kohl in seiner ersten Empfehlung der marktwirtschaftlichen Ordnung für die DDR). Demgegenüber erscheint das Wirtschaftswunder aus sozialistischer Perspektive als Verdienst der staatlichen Lenkung. Folgerichtig fanden die Wahlkämpfe in der Bundesrepublik - und kürzlich auch in der DDR - unter den Schlagworten "Mehr Markt - weniger Staat", "Freiheit oder Sozialismus" statt. Die letzte Alternative verlor durch den Zusammenbruch der sozialistischen Staaten an politischer Überzeugungskraft.

Das bedeutet jedoch keineswegs, daß Sozialismus als Idee für eine ideale Ordnung verschwinden wird. Einerseits gibt es auch für ihn die erwähnte Entschuldigung, daß er nicht rein bzw. nicht freiheitlich, sondern kollektivistisch verwirklicht worden ist. Andererseits zwingt eine Denkstruktur, die nur zwei Alternativen kennt (Marktwirtschaft oder Planwirtschaft, Kapitalismus oder Sozialismus) dazu, bei Versagen der Politik nach einer Alternative (gemäß Einschätzung der Wähler) wieder Zuflucht in der anderen Alternative zu suchen. Großbritannien war nach dem Zweiten Weltkrieg ein gutes Beispiel für diese als "stop and go" charakterisierte Politik. Der Vertrauensverlust der Regierung Thatcher brachte Stimmengewinne für die sozialistische Alternative. Sie erzwangen letztlich den Rücktritt der Regierungschefin.

Sozial verantwortliche Steuerung der Marktwirtschaft erfolgt somit durch die ständige Herausforderung, Wählerstimmen gegen die sozialistische Alternative zu verteidigen. Ihre Attraktivität sinkt in dem so entstehenden Wohlfahrtsstaat mit steigendem individuellen Wohlstand und sozialer Sicherheit. Entsprechend gerät die sozialistische Alternative in den Geruch, eine Zuflucht für nicht leistungsfähige oder nicht leistungswillige Minderheiten zu sein. Bei Wahlbeteiligungen von 80 - 90 % erhalten jedoch auch Minderheiten in demokratischen Ordnungen ein für die Machterhaltung der großen Regierungsparteien entscheidendes Gewicht. Das kann sich jedoch ändern, wenn der Zusammenbruch der sozialistischen Länder die sozialistische Alternative verblassen läßt. "Marktwirtschaft pur" wird dann zu einer kurzsichtigen Strategie, die das Vertrauen, das Soziale Marktwirtschaft für marktwirtschaftliche Prinzipien geschaffen hat, längerfristig wieder bedrohen könnte.

2. Erste und zweite Wege als alternative Strategien für eine ideale Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung

Bemerkenswert ist, daß sowohl "real existierender Kapitalismus" als auch "real existierender Sozialismus" die Wirtschaftsordnung zum wesentlichen Kriterium der Gesellschaftsordnung machen: Marktwirtschaft oder Planwirtschaft, Selbststeuerung der Wirtschaft ohne staatliche Reglementierung oder "Befehlswirtschaft" durch zentrale staatliche Lenkung, freiheitliche Gesellschaft oder Diktatur. Kapitalismus und Sozialismus erhalten damit in den politischen Auseinandersetzungen nicht nur die Bedeutung einer Strategie für oder gegen wirtschaftliche Autonomie in der Gesellschaft, sondern für individuelle Freiheit generell. Da das Privateigentum an Produktionsmitteln die wichtigste Säule der marktwirtschaftlichen Ordnung darstellt, sind Kapitalismus oder Sozialismus auch gleichzeitig Strategien gegen oder für Privateigentum an Produktionsmitteln oder - in dem realen Kapitalismus oder Sozialismus - gegen oder für Kontrolle der Wirtschaft, d. h. des Privateigentums an Produktionsmitteln, durch die Politik bzw. in verkürzter Form durch den Staat.

In diesem Klassen- oder Verteilungskampf zwischen Arbeit und Kapital kommt es aber schon lange nicht mehr darauf an, ob die Wirtschaft kollektiver Organisation bedarf, sondern ob diese Organisation durch die Wirtschaft selbst oder durch die Politik, d. h. den Staat, erfolgen sollte. Die weltweite Verflechtung multi- oder transnationaler Großunternehmen der westlichen Länder (Globalisierung der Unternehmenspolitik) demonstriert immer mehr, in welchem Umfang wirtschaftliches Wachstum und die Anwendung moderner Technologie weltweiter gemeinsamer Organisation bedarf. Über den Führungsanspruch gab es in der Bundesrepublik im letzten Jahr eine aufschlußreiche Diskussion.

Der Vorstandsvorsitzende des Daimler-Benz-Konzerns, Reuter, der durch die Fusion mit dem Rüstungskonzern MBB die wettbewerbspolitischen Grundsätze herausgefordert hatte ("Elefanten-Hochzeit"), nutzte die Billigung dieser weiteren "privaten Kollektivierung" der westdeutschen Wirtschaft aufgrund der Zustimmung des Bundesministers für Wirtschaft und letztlich auch der die Wettbewerbspolitik beratenden "Monopolkommission" zu einem Beitrag in der Wochenzeitung "Die Zeit" (Reuter 1990). Er mündete in die Schlußfolgerung, es sei erfolgversprechender, den erfolgreichen und weltweit operierenden multinationalen Konzernen und ihrem Management die Organisation des Weltfriedens und des Wohlstandes in der Welt zu überlassen. Die Belehrung, daß in der So-

zialen Marktwirtschaft die Politik die Weichen zukünftigen Wohlstands und Friedens in demokratischen Prozessen zu stellen hat und nicht die Manager der Wirtschaft, folgte durch den sonst dem Wirtschaftsliberalismus verpflichteten Bundeswirtschaftsminister (Haussmann 1990), begleitet von der juristischen Zu-rechtweisung, daß in unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung Wohlstand und Frieden dem Recht folgen (Biedenkopf 1990a) und nicht der Sachkompe-tenz weltweit agierender Manager - erst recht nicht in einer immer mehr "glo-balisierten Wirtschaft" mit multinationalen und transnationalen Unternehmen.

Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik ist als "Grund-gesetz der Wirtschaftsordnung" das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen und das von ihm geschaffene Bundeskartellamt. Seine Aufgabe ist es, be-herrschende kollektive Organisation der privaten Wirtschaft zu verhindern (Fusionskontrolle) oder marktbeherrschende Unternehmen auf Mißbrauch ihrer Marktmacht zu kontrollieren. Deshalb wachsen gegenwärtig auch die Bedenken, ob nicht durch den Ansturm bунdesdeutscher Unternehmen auf die staatlichen Monopolunternehmen in der DDR Monopolstellungen in der Wirtschaft erwei-tert oder neu geschaffen werden.

Dies begünstigte der Verzicht auf Durchsetzung alter, staatlicher Lenkung - we-geп des Übergangs zur Marktwirtschaft -, ohne daß die neue Ordnung und ihre konsequente Gestaltung der Wirtschaftsordnung schon verbindlich waren. Es er-folgte deshalb "Eine Art Landnahme wie im Handstreich" ("Süddeutsche Zeitung", München, vom 29.06.1990). So entstand eine Situation, die zutreffend in der Presse als "wilder Osten" beschrieben wurde. Ähnliche Freiheiten genießen weltweit agierende Großunternehmen auf dem Weltmarkt, da eine Weltwirt-schaftsordnung analog zur nationalen Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik und ihrer Sozialen Marktwirtschaft nicht besteht. Marktwirtschaft und Freihan-del begünstigen dann das "Recht des wirtschaftlich Stärkeren" und "seine Ord-nung" (Blum 1981). Der Papst spricht in seiner jüngsten Encyklika (Deutsche Bi-schofskonferenz 1987, S. 11 und 48 ff.) von der entstandenen "weltweiten Di-mension" der "Sozialen Frage" und "Strukturen der Sünde". Darunter leiden hauptsächlich Entwicklungsländer, deren gesellschaftliche Ordnung bisher noch keine demokratisch legitimierte staatliche Autorität zuläßt. Das mag die Illusion nähren, weltweit verfolgte und durchgesetzte "wirtschaftliche Vernunft" diene der Ordnung, dem Wohlstand und dem Frieden in der Welt.

3. Marktwirtschaftliche Weltrevolution statt sozialistischer Weltrevolution?

Wenn es nur zwei Alternativen, nämlich Sozialismus oder Kapitalismus, gibt, dann ist der Beweis des Scheiterns der einen Alternative gleichzeitig ein Plädoyer für die andere. Die Ablehnung von "dritten Wegen" und damit die Forderung nach "reiner Ordnung" verleitet dazu, die Erwartungen für eine bessere Welt über die "sozialistische Weltrevolution" durch entsprechende Hoffnungen auf eine "marktwirtschaftliche Weltrevolution" zu ersetzen. Solche Erwartungen bestätigen jedoch nur, daß sowohl Kapitalismus als auch Sozialismus derselben Denkstruktur entspringen, die sich eine "heile Welt" durch konsequente Ordnung nach einem Prinzip verspricht. Gemeinsame Basis ist die Rationalität. Das eine Denkgebäude (Marktwirtschaft, Kapitalismus) verbindet sie mit dem Individualprinzip einer freiheitlichen Gesellschaft (individuelle Rationalität), in dem der Mensch auf einen "ökonomischen Menschen" (*homo oeconomicus*) reduziert wird. Das alternative Denkgebäude (Sozialismus, Kommunismus) verlegt die Rationalität in eine zentral planende Instanz (kollektive Rationalität), deren Weitsicht sich ein entsprechender "sozialistischer Mensch" fügt (Blum 1983).

Beide Denkmodelle haben Schwierigkeit mit der Demokratie und der nach ihren Prinzipien ablaufenden Politik: Sie erscheint als irrational, unsachlich, den Sachzwängen hinderlich. Das verleitet sogar zu der paradoxen Argumentation, daß demokratischer Sozialismus u. a. wegen der "Überschätzung der Demokratie als Entscheidungsverfahren" als "verhängnisvoller Irrtum" gilt (Streit 1990). Umgekehrt entsteht in diesem Denkgebäude (ökonomische Theorie der Demokratie und Politik als Neue Politische Ökonomie) aus Unterwerfung unter den "Alleinherrschaftsanspruch" der ökonomischen Rationalität und der Märkte als Entscheidungsverfahren "demokratische Wirtschaftspolitik" (Freiy 1981). Die Überschätzung der Rationalität als Ersatz für Politik durch demokratische Entscheidungsverfahren geht so weit, daß der "wohlwollende Diktator" (eine beliebte Denkfigur der ökonomischen Theorie der Politik) nicht so verdächtig erscheint wie die Demokratie als "Diktatur der Mehrheit" (Woll 1984, S. 13). Damit bestätigt sich die Vermutung, daß individuelle und kollektive Rationalität in Marktwirtschaft und Planwirtschaft letztlich Freiheit durch Rationalität ersetzen - als "Einsicht in die Notwendigkeit". Sie bescherte uns gerade auch den Golfkrieg als Ersatz für - ineffiziente - Politik.

Diese Denkstruktur verleitet dann folgerichtig nicht nur zu einem "Sozialismus nach Plan", sondern auch einer "Marktwirtschaft nach Plan", wie sich gerade bei den Ratschlägen für den Übergang zur Marktwirtschaft in den sozialistischen Ländern zeigt. Um den Übergang besonders "rein" zu gestalten, muß die alte Ordnung erst beseitigt sein, bevor die neue Ordnung die erwarteten besseren Ergebnisse hervorbringen kann. "Dritte Wege" können dann nur die Effizienz und Wirksamkeit der neuen Ordnung behindern oder gar das erhoffte neue Wirtschaftswunder verhindern.

Soziale Marktwirtschaft als "dritter Weg" zwischen Kapitalismus und Sozialismus erkannte jedoch sowohl die Wirtschaftsordnung in der Volkswirtschaft durch den Staat als auch die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb als besonderes Ordnungselement an. Beides gehört zu den politischen Rahmenbedingungen einer funktionierenden Marktwirtschaft. Sie werden durch eine bewußt gestaltete Ordnungs- und Prozeßpolitik geschaffen. Letztere ist seit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz der sechziger Jahre als "Globalsteuerung im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung" besonders bekannt geworden. Die moderne Unternehmenspolitik gemäß den Schlagworten "strategisches Management" und "Organisationsentwicklung" (oft als OE abgekürzt) entdeckt auch die Selbststeuerung im Unternehmen als wesentlichen Motor der Leistungsfähigkeit. Mitbestimmung der Arbeitnehmer erscheint dann in einem neuen Licht.

Vor allem Großunternehmen entdecken "marktwirtschaftliche Prinzipien im Unternehmen". Damit meint man die Verselbständigung von Teilen des Unternehmens, im Idealfall seine Auflösung in viele selbständige "Gewinnzentren". Ein Symposium der Universität Augsburg zusammen mit der Bertelsmann-Stiftung zum Thema "Unternehmer oder Manager: Wer gestaltet die Zukunft?" ließ die dort vertretenen Vorstandsmitglieder (Manager) großer Unternehmen beinahe einstimmig feststellen, ihre multinationalen Unternehmen beständen entgegen alten Vorurteilen (und entsprechend dem Ideal der Volkswirtschaft als Marktwirtschaft) aus hunderten von kleinen und mittleren Unternehmen.

Unternehmenspolitik als "strategisches Management" beschränkt sich dann - analog zur Wirtschaftspolitik in der marktwirtschaftlichen Ordnung - auf Globalsteuerung des Unternehmens (Blum 1983). Neben dieser Entwicklung in der modernen Unternehmens- und Wirtschaftspolitik bleibt jedoch die Bedeutung der Leitbilder von Kapitalismus und Sozialismus als Strategie zur Organisation

von Wirtschaft und Gesellschaft erhalten. Die Entwicklung in den Ostblockländern zeigt jedoch situationsabhängige Differenzierungen. Das gilt auch für die Situation im besetzten und geteilten Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Versuche zu einer kapitalistischen oder sozialistischen Neuordnung mußten Fehlentwicklungen in beiden Alternativen aus der Vergangenheit und ihre Einordnung als Mißerfolg im Bewußtsein der Bürger in Rechnung stellen. So entstand einerseits die Idee einer Sozialen Marktwirtschaft, die der früheren "freien Marktwirtschaft" die Fehlentwicklungen anlastete. Andererseits versuchte sich der Sozialismus durch einen "freiheitlichen Sozialismus" oder "demokratischen Sozialismus" von den Fehlentwicklungen des Bolschewismus und Stalinismus abzugrenzen.

Nachdem der Sozialismus durch die jüngste Entwicklung in Osteuropa für tot erklärt wurde, galt eine "sozialistische Marktwirtschaft" als dritter Weg nicht einmal für die Übergangsphase als gangbar, wie es vor allem die Nachfolgepartei der alten SED, die PDS, wünschte. Besonders als Antwort auf solche Vorstellungen erhob sich in der früheren DDR sowie in der Bundesrepublik - aber auch in anderen früheren Ostblockländern - die Forderung nach "Marktwirtschaft pur", ohne Alternativen, Adjektive, ohne dritte Wege. Dies kam der wirtschaftswissenschaftlichen Fachkompetenz entgegen, die von der (freien) Marktwirtschaft als Ideal der reinen Ordnung ein Wohlfahrtsmaximum erwartet und nicht von einem "Mischsystem". Es kann höchstens eine "zweitbeste Lösung" hervorbringen (Blum 1983 und 1985). Folgerichtig gilt das Adjektiv "sozial" bei der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik als ein Geburtsfehler (Gutowski 1985, S. 2, und als Kritik Lampert und Bossert 1987). Trotz dieser Neigung auch in der wirtschaftlichen Praxis, das Adjektiv sozial zu unterdrücken und nur von Marktwirtschaft, sogar von "unserer freien Marktwirtschaft" oder wenigstens "freier sozialer Marktwirtschaft" zu sprechen, gibt es in den öffentlichen Empfehlungen der Wirtschaftsverbände, der Parteien und der Regierung einen Konsens, daß nur die Soziale Marktwirtschaft das Leitbild für die Wirtschaftsordnung in den neuen Bundesländern sein kann.

Im Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion ging man sogar über das Grundgesetz der Bundesrepublik hinaus und verpflichtete die neuen Bundesländer auf die Soziale Marktwirtschaft. Verwirrung stiftet lediglich die Frage, wie Länder und ihre Bürger nach vierzig Jahren Sozialismus in ein anderes Wirtschaftssystem überführt werden können. Da es im alten Denken nur zwei Alternativen (Dualismus der Ordnungstheorie, Herder-Dorneich 1990,

Dow 1990), bzw. nach dem dem "Tod des Sozialismus" nur eine, die marktwirtschaftliche Alternative, gibt (Monismus der Ordnungstheorie), verschwimmen in der Praxis die Abgrenzungen zwischen freier und Sozialer Marktwirtschaft wieder.

Dies gilt für viele Berichte in der Presse und den elektronischen Massenmedien, denen Marktwirtschaft und freie Marktwirtschaft leichter in die Feder fließen als Soziale Marktwirtschaft oder gar sozial verantwortlich gesteuerte Marktwirtschaft, wie Bundeskanzler Kohl in dem ersten Überschwang der Gefühle den Leitgedanken für eine Wirtschaftsreform in der DDR gegenüber "sozial verwöhnten" Bürgern umschrieb. Die unscharfe Trennung zwischen Sozialer Marktwirtschaft und bloßer Marktwirtschaft oder freier Marktwirtschaft führt dazu, daß es an einer "Wirtschaftspolitik aus einem Guß" fehlt. Der zuständige Bundeswirtschaftsminister gestand dies ein, als er kürzlich eine solche Politik forderte und sich dabei offenbar an Ludwig Erhard erinnerte. Der allerdings hatte keine Bedenken gegen "dritte Wege", wie sie gerade aus den Reihen der Parteifreunde des Bundesministers für Wirtschaft geäußert werden.

Deshalb gestand er auch nur etwas resignierend einen "dritten Weg zwischen Sozialismus und Frühkapitalismus" zu. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung machte aus einem Beitrag über die Ablehnung eines dritten Weges zwischen "Sozialismus und Sozialer Marktwirtschaft" in der Überschrift des Beitrags eine Ablehnung eines dritten Weges zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.11.1989, S. 19: "Es gibt keinen Dritten Weg zwischen Plan und Markt"). In der Praxis muß dann jedoch - bewußt oder unbewußt - in jedem Falle ein dritter Weg wenigstens als Übergangsphase zugestanden werden, z. B. durch massive steuerliche Begünstigung von Investitionen in den neuen Bundesländern oder gar eine Art "Niedrigsteuerland" - mit dem Hintergedanken, auf diese Weise einer Senkung der Unternehmensbesteuerung für das ganze Deutschland im EG-Binnenmarkt ab 1993 den Weg zu ebnen. Eine Steuererhöhung zur Finanzierung der neuen Aufgaben in den neuen Bundesländern wird aus diesem Blickwinkel ebenso konsequent abgelehnt. Dafür gilt für Unternehmen offenbar der Grundsatz, daß ihre Zukunftsinvestitionen durch größere Gewinne und Steuersenkungen zu finanzieren sind statt über den Kapitalmarkt, wie es den marktwirtschaftlichen Prinzipien entsprechen würde.

Er erhält in der Forderung nach konsequenter Privatisierung dagegen neue Aufgabenstellungen, z. B. bei privater Finanzierung des Baus von Autobahnen in den neuen Bundesländern. Darüber hinaus gibt es noch andere Vorstellungen aus der reinen marktwirtschaftlichen Ordnungstheorie, traditionelle staatliche Aufgaben bei der Infrastruktur zu privatisieren. Dabei droht der in der Sozialen Marktwirtschaft betonte Pragmatismus verloren zu gehen oder nur dann zu gelten, wenn er unternehmenspolitische Entscheidungen bestätigt. Wegen dieser Gefahr einer Wirtschaftspolitik als Spielball wirtschaftlicher Interessengruppen forderte Ludwig Erhard in ordoliberaler Tradition eine konsequente "Wirtschaftspolitik aus einem Guß" durch Ordnungs- und Prozeßpolitik nach gesellschaftlichen Normen und Werten sowie gesamtwirtschaftlichen Zielen, die dem Gemeinwohl Rechnung tragen.

So mußte sich der Präsident des Bundeskartellamtes Ermahnungen der wirtschaftlichen Interessengruppen gefallen lassen, auf die Übernahme von früheren DDR-Monopolbetrieben vor allem im Banken- und Versicherungsbereich sowie im Handel, nicht mit wettbewerbspolitischem Dogmatismus zu reagieren und die Anstrengungen großer Unternehmen der Bundesrepublik zu behindern, in der ehemaligen DDR so schnell wie möglich den wirtschaftlichen Neubeginn durchzusetzen. Andererseits ermahnt der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) in seinem im Oktober 1990 veröffentlichten "Manifest zur deutschen Einheit" (Süddeutsche Zeitung vom 02./03.10.1990, S. 33) die Politiker, den ökonomischen Gesundungsprozeß im östlichen Teil der Bundesrepublik ordnungspolitisch konsequent in Angriff zu nehmen und auf "marktwidrigen Pragmatismus" bei der Bewältigung des Strukturwandels zu verzichten.

Wenn jedoch die Betonung des Pragmatismus in der Sozialen Marktwirtschaft einen Sinn haben soll, dann doch nur den, daß ein dritter Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus auch "marktwidrigen Pragmatismus" gerade beim Strukturwandel zulassen muß. Das gilt schon wegen der Verpflichtung zu "sozial verantwortlicher Steuerung", wenn der Strukturwandel offenbar zur Erzielung der wirtschaftlichen Effizienz und internationaler Wettbewerbsfähigkeit immer größere Unternehmen, Kooperation zwischen großen Unternehmen, Unternehmensverbänden und weltweiter "Globalisierung" bedarf. Dies gilt umso mehr, wenn der notwendige Strukturwandel nach Meinung des Bundesministers für Wirtschaft "hart, brutal, aber dafür auch kurz" (Mittelstands-Informationen des BDI, November 1990) sein muß.

Die für eine funktionsfähige Marktwirtschaft notwendige wirtschaftliche Freiheit aufgrund von - die marktwirtschaftliche Struktur bestimmenden - kleinen und mittleren Unternehmen gerät so leicht ins Hintertreffen. Sie haben, vor allem als "bodenständige Unternehmer", keine Chance. "Marktwirtschaft pur" führt sowohl beim Wettkampf um Grund und Boden als auch bei Miete oder Pacht von Gewerbeflächen zur Durchsetzung der kapitalkräftigsten Bieter. Während Großunternehmen international durch größere Organisation überleben, müssen kleine und mittlere Unternehmen aufgeben, wenn sie in diesem weltweiten Organisationsprozeß keine "Marktlücke" finden oder einen Platz als "Hoflieferant" eines großen Konzerns.

So kann es dann geschehen, daß sozialistische Staatsmonopole samt Manager sich einem westlichen "marktbeherrschenden Unternehmen" angliedern. Die neue Wettbewerbsordnung bleibt noch unbeachtet, die neuen staatlichen Funktionäre nutzen bestehende Kompetenzen nicht, weil sie nicht in den Verdacht geraten möchten, unternehmerische Freiheit und marktwirtschaftliche Prinzipien zu behindern. Die Folge ist die Charakterisierung der Situation als "wilder Osten". Umgekehrt führte die Übertragung einzelwirtschaftlichen, unternehmenspolitischen Denkens auf die Politik dazu, in der Treuhandanstalt eine neue zentrale Behörde zu etablieren, die "Marktwirtschaft nach Plan" durchsetzen soll, d. h. Schaffung rentabler Betriebseinheiten aus der staatlichen, sozialistischen Konkursmasse, die dem privaten Kapital möglichst "lastenfrei" zum Verkauf oder zur Übernahme angeboten werden können. Der "nichtverwertbare Rest" der Konkursmasse bleibt zusammen mit den Altlasten den neuen Ländern.

Dazu gehören auch die Arbeitslosen. Da das westdeutsche System der sozialen Sicherheit nicht Arbeitsplätze finanziert, sondern Arbeitslosigkeit, setzen selbst Baukombinate Arbeitskräfte auf die Straße statt sie reparieren zu lassen - ganz zu schweigen von den Häusern neben den Straßen. Alles wartet, so scheint es, darauf, daß westliches Kapital es als rentabel empfindet, in den neuen Ländern zu arbeiten. Es ist eine absurde Situation, die an die Sackgassen ökonomischen und politischen Denkens in der Weltwirtschaftskrise vor sechzig Jahren erinnert. Die Wirtschaftswissenschaft vermißt eine "Theorie der Systemtransformation" und - wie der Sachverständigenrat zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (fünf Weise) in seinem Sondergutachten zur Wirtschaftsreform in der DDR vermutete (Sachverständigenrat 1990, S. 6, Ziffer 10) - praktische Erfahrungen zur Gestaltung des Übergangs zur Marktwirtschaft. Diese Klagen

überraschen vor allem in der deutschen Wirtschaftswissenschaft angesichts der Erfahrungen mit der Sozialen Marktwirtschaft nach 1945 und ihrem Wirtschaftswunder.

4. Ohne Theorie und Praxis beim Übergang zur Marktwirtschaft?

In der "Theorie der Weltrevolution" als Voraussetzung von Weltfrieden und Weltwohlstand gibt es offenbar eine "systemneutrale" Transformationstheorie gemäß der traditionellen dualen Theorie der Wirtschaftssysteme, die nur eine "monistische Ordnung" nach dem einen oder anderen Prinzip als verlässliche Grundlage anerkennt. Erst muß die alte Ordnung danach völlig zerstört sein, bevor eine neue mit Aussicht auf Erfolg an die Stelle tritt. Daneben gibt es jedoch eine theoretisch nicht konsequent zu begründende Anerkennung der Mischsysteme in der Wirklichkeit, z. B. die Soziale Marktwirtschaft mit ihrem Wirtschaftswunder. Im Idealtyp des Sozialismus als Kommunismus erscheint der Sozialismus offen als Übergang zum Kommunismus. In der Übergangsphase können die sozialistischen Prinzipien nicht vollständig gelten wie im Kommunismus, d. h. es müssen noch Ordnungselemente der alternativen Ordnung des Kapitalismus geduldet werden.

Anders ist es mit den Mischsystemen in der marktwirtschaftlichen Theorie. Sie gelten als Abweichung vom reinen Pfad, als Konzession an die "unvollkommene Wirklichkeit" und sind eine ständige Herausforderung. In den Wahlkämpfen erscheint das in der Forderung nach mehr Markt, weniger Staat oder als Parole "Freiheit oder Sozialismus". Jedoch gibt es nicht die Vorstellung, es handle sich um eine Übergangsphase zur "freien Marktwirtschaft". Diese Perspektive verbietet sich, weil wegen der Fehlentwicklungen des marktwirtschaftlichen Systems in der Vergangenheit und des darin zum Ausdruck kommenden "Marktversagens" die Theorie der Wirtschaftspolitik rechtfertigt, warum Wirtschaftspolitik auch in der Marktwirtschaft einen Platz hat.

Die Einsicht geht jedoch mit dem Blick auf die Marktwirtschaft bei der Wirtschaftsreform in den ehemals sozialistischen Ländern wieder verloren. Hier herrscht die Vorstellung, mehr Markt sei immer die richtige Entscheidung, um die Effizienz der Volkswirtschaft zu steigern, um dem von der Marktwirtschaft gemäß der Wirtschaftstheorie als "Wohlfahrtstheorie" versprochenen Wohlfahrtsmaximum näher zu kommen. Diese "Annäherungsstrategie" findet jedoch keine theoretische Rechtfertigung. Sie führt im Gegenteil zu einer paradoxen Si-

tuation. Als "Theorie des Zweitbesten" liegt in der Theorie der Wirtschaftspolitik zwar ein Ergebnis vor, das Aussagen über den Übergang zu einem anderen System macht, sich aber eher zur Unterstützung einer Vielzahl von "dritten Wegen" eignet statt einer konsequenten Verfolgung eines reinen Ordnungstyps. Eine solche Strategie läßt sich nicht als erfolgreich im Sinne der Annäherung an die im Ideal versprochene optimale oder maximale Lösung beweisen. Es kann im Gegenteil ein besserer Weg sein, in einer im Hinblick auf das Ideal unvollkommenen Situation eine weitere Unvollkommenheit in Kauf zu nehmen (z. B. staatliche Lenkung, Mißbrauchskontrolle marktbeherrschender Unternehmen statt Erfüllung einer zusätzlichen Voraussetzung für "vollständige Konkurrenz").

Diese Einsicht deckt sich mit dem neuen "strategischen Denken" in der Unternehmenspolitik. Das führt im "strategischen Management" zu einer Zweiteilung des Entscheidungsproblems: Über den "richtigen Weg" entscheidet die Unternehmenspolitik, Kreativität, Intuition, Erfahrung, Unternehmergeist. Den so in der Unternehmensstrategie fixierten Weg richtig zu gehen, ist primär eine Aufgabe der Experten und der Fachkompetenz (Blum 1990).

Die schematische Befolgung der Regel "Mehr Markt, weniger Staat" erweist sich damit als unzuverlässig. Das entspricht der Erfahrung mit der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik. Ihre Ausgestaltung erfolgte in Phasen, in denen sich mehr Markt und mehr Staat abwechselten. Die pragmatische Verbindung (Vernetzung) von Selbstorganisation über Märkten und Lenkung durch Wirtschaftspolitik erzeugte das Wirtschaftswunder. Dieses Resultat könnte dazu verleiten, die in vierzig Jahren organisch gewachsene Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik als Modell für die ehemaligen DDR-Länder zu benutzen.

Die Konvergenztheorie, die Annäherung der alternativen Wirtschaftssysteme Marktwirtschaft und Planwirtschaft in der Praxis zu einem durch Rationalität determinierten "dritten Weg" könnte dazu verführen, diese Lösung in der Sozialen Marktwirtschaft und ihrem Wirtschaftswunder zu sehen. Die Voraussetzungen, die für ein solches Ergebnis erfüllt sein müßten (gleiche Ausgangssituation, Ziele, Mittel) sind jedoch so unrealistisch, daß auch die Konvergenztheorie als theoretische Grundlage für einen Übergang zur Marktwirtschaft nach dem Muster der Sozialen Marktwirtschaft untauglich ist. Zudem gilt auch für den Übergang zur Sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik als "Modell" die Folgerung aus der Theorie des Zweitbesten.

Das bedeutet, es bedarf auch eines "dritten Weges" beim Übergang von der alten Ordnung zur neuen nach dem Modell der Bundesrepublik. So lange es nicht vollständig verwirklicht ist, müssen auch Regelungen und Eingriffe zugelassen werden, die dem Modell widersprechen, nicht "systemkonform" sind. In der Praxis geschieht das denn auch in verschiedenster Form: Löhne über der Arbeitsproduktivität, Erhaltung von Arbeitsplätzen durch "Kurzarbeitergeld" bis zur "Null-Stunden-Kurzarbeit", Aufrechterhaltung alter Preise, z. B. bei Mieten und Stromversorgung, neue Subventionen. Besonders stört im Vergleich zum Modell der Bundesrepublik die "Treuhandanstalt" als Verwalterin ehemals volkseigenen Vermögens.

Sie erscheint im marktwirtschaftlichen Modell einerseits als "größte Holdinggesellschaft der Welt", andererseits als Planungsbehörde zur Durchsetzung marktwirtschaftlicher Ordnung, insbesondere der Privatisierung. Damit verbindet sich die gar nicht marktwirtschaftliche Vorstellung potentieller Investoren und ihrer Lobby, die Treuhandanstalt müsse möglichst schnell entscheiden, welche Betriebseinheiten rentabel und wettbewerbsfähig und damit zur Privatisierung geeignet wären. Eine noch größere "Anmaßung von Wissen" liegt in der Festlegung auf die in der Bundesrepublik unter dem Leitbild Soziale Marktwirtschaft während 40 Jahren entstandene Wirtschaftsordnung.

Es ist keineswegs so sicher, daß das, was unter den Ausgangsbedingungen der alten Bundesländer nach 1945 zum Wirtschaftswunder, zur sozialen Harmonie, zum Vertrauen in marktwirtschaftliche Prinzipien und zur politischen Stabilität führte, dies auch in derselben Weise in den neuen Bundesländern garantiert. Denn die Soziale Marktwirtschaft sollte kein Patentrezept sein für eine "Marktwirtschaft nach Plan", sondern nur ein "der Ausgestaltung harrender fortschrittlicher Stilgedanke" (A. Müller-Armack 1966, S. 12). Er erlaubt nicht nur einen, sondern je nach Ausgangssituation und Entwicklungsbedingungen unterschiedliche und zahlreiche "dritte Wege". Sie reichen von der Planification in Frankreich bis zum Wohlfahrtsstaat in Schweden.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich, daß es zwar eine theoretische Grundlage für den Übergang von einer sozialistischen zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung und entsprechenden Erfahrungen nicht mangelt. Theorie und Erfahrung widersprechen jedoch den üblichen Ableitungen aus der alten, dualistisch oder monistisch genannten "Theorie der Wirtschaftssysteme" und ihrer Empfehlung für "reine Ordnungen", Marktwirtschaft pur, Marktwirtschaft ohne Alternativen,

ohne Adjektiv, ohne dritte Wege. Dasselbe gilt für die Erfahrungen mit der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik. Die Klage über fehlende Theorie und Praxis für den Übergang entspringt nur dem Wunsch nach Theorie und Erfahrung entsprechend den ordnungstheoretischen Vorurteilen (Blum 1989, Lampert und Bossert 1987).

Neben den "Altlasten" von vierzig Jahren Sozialismus sind diese Vorurteile inzwischen auch für den "wilden Osten" und das "wirtschaftliche Chaos" in der ehemaligen DDR verantwortlich. Nur die Bereitschaft der Bürger in den neuen Ländern, für den Übergang zur Marktwirtschaft und zur Überwindung der "sozialistischen Mißwirtschaft" Opfer zu bringen, sowie die soziale Abfederung durch die wirtschaftlich leistungsstarken alten Länder verhindern bisher, daß das von der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik geschaffene Vertrauen für und in marktwirtschaftliche Prinzipien wieder verlorengeht. In anderen sozialistischen Ländern, in denen die Hilfestellung durch einen starken Partner aus dem Westen nicht existiert, könnte das Vertrauen in marktwirtschaftliche Prinzipien aber viel schneller wieder verspielt werden. Die Entwicklung in der Sowjetunion legt solche Befürchtungen nahe. "Viele Sowjetbürger trauen der Armee mehr als dem Markt", so lautete kürzlich der Text zu einem Bild "Soldaten in Moskau" (Die Zeit", Hamburg Nr. 1 vom 28.12.1990, S. 19).

Die Prinzipientreue erweist sich damit sowohl theoretisch als auch empirisch als ein nicht immer verlässlicher Ratgeber für den Übergang zur Marktwirtschaft und zur Ausgestaltung einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Die in der Praxis nur zu realisierenden "dritten Wege" erlauben - situationsgebunden - mehr oder weniger Markt bzw. politische Lenkung. Die Rechtfertigung dafür richtet sich nach der erzielten Leistung für die Menschen, die Volkswirtschaft und die Gesellschaft und nicht so sehr nach der konsequenten Verfolgung von Prinzipien (Blum 1980). Entgegen den wirtschaftswissenschaftlichen Vermutungen, es gebe weder Theorie noch Empirie für den Übergang zur Marktwirtschaft, verfügt die Wirtschaftswissenschaft gerade in der Bundesrepublik über beides. Daraus folgt allerdings, daß der Wunsch nach "reiner Ordnung" die allein Wohlstand und Weltfrieden sichert, keine Grundlage findet. Dieser Wunsch erleichtert lediglich den Mißbrauch marktwirtschaftlicher Prinzipien, um sich bei wirtschaftlicher Aktivität sozialer, gesellschaftlicher oder politischer Kontrolle zu entziehen und das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft nur dann zu benutzen, wenn es darum geht, Verluste zu vermeiden bzw. staatliche Förderung zu begründen.

5. Folgerungen für die Wirtschaftsreform in den neuen Bundesländern

Um die ordnungstheoretischen Handlungsmaximen für die neuen Bundesländer in der Praxis richtig zu gewichten, müßte man sich vorstellen, die zahlreichen Verstöße gegen marktwirtschaftliche Prinzipien würden von heute auf morgen auch in den alten Bundesländern behoben. Es gäbe also keine Subventionen bzw. begünstigende Rahmenbedingungen für einzelne Sektoren oder gar einzelne Unternehmen. Das wirtschaftliche System würde auch in den alten Bundesländern chaotische Ergebnisse hervorrufen. Diese Überlegung am Beispiel der Praxis in der Sozialen Marktwirtschaft entlarvt den Hochmut und die Anmaßung von Fachkompetenz gegenüber den Menschen in den neuen Bundesländern, wenn es als unabwendbares Schicksal gilt, daß der notwendige Strukturwandel "hart und brutal" sein muß, um "kurz" zu sein. Zweifel an dieser "Marktwirtschaft nach Plan" liegen um so näher desto unsicherer die "Prognosen" dafür sind, was als "kurz" gelten soll.

Der Übergang zu marktwirtschaftlichen Prinzipien in den alten Bundesländern nach 1945 verhinderte gerade "Härte und Brutalität" durch den Stilgedanken der Sozialen Marktwirtschaft, gewann so Vertrauen in die Marktwirtschaft zurück und festigte es durch ein Wirtschaftswunder. Das unterscheidet in Analogie zu Max Weber's Gesinnungs- und Verantwortungsethik "Gesinnungs-Marktwirtschaft" von "Verantwortungs-Marktwirtschaft" (Blum 1991). Die Ergebnisse der Marktprozesse geraten so nicht in Widerspruch zu gesellschaftlichen Werten und Normen sowie volkswirtschaftlichen Erwartungen.

An der steigenden Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern wird besonders deutlich, daß - in Analogie zur Arbeitslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise vor 60 Jahren - die einzelwirtschaftliche Daumenregel nach marktwirtschaftlichen Prinzipien "kleinerer Lohn, mehr Arbeit" versagt. Der "sozial verantwortlichen Steuerung" in einer Sozialen Marktwirtschaft würde es obliegen, brachliegende Ressourcen vor allem an Arbeitskräften mit den drängenden Aufgaben in der Sanierung und im Wiederaufbau der Infrastruktur zu verbinden. Es bedarf hier nicht der "unsichtbaren Hand" des Marktes, um verborgene Bedürfnisse der Bürger in Produktion und Arbeitsplätze zu verwandeln. So würde der notwendige Strukturwandel - entgegen den Vermutungen des Bundesministers für Wirtschaft - weniger hart, weniger brutal, aber dafür erfolgreicher ausfallen.

In diesem Bekenntnis zur Härte und Brutalität der Wirtschaftsreform kommt der Wunsch nach Reinheit der neuen Ordnung und ihre Menschenfeindlichkeit besonders deutlich zum Ausdruck. Außerdem fehlt gerade den kleinen und mittleren Unternehmern als den wichtigsten Hoffnungsträgern für eine baldige Vollbeschäftigung in den neuen Bundesländern für einen erfolgreichen Start ausreichende heimische Nachfrage. Das beklagt vor allem das Handwerk wegen mangelnder Aufträge von den Kommunen und aus der privaten Nachfrage der Masse der Bürger. Keynesianische Rezepte versagen auch, weil es nicht darum geht, konjunkturelle Arbeitslosigkeit durch staatliche Verschuldung und Nachfrage zu überbrücken, sondern Zukunftsinvestitionen für eine Wirtschafts- und Strukturreform in den neuen Bundesländern zu finanzieren.

Gerade unsere Großunternehmen begründen ihre hohen Gewinne mit dem Hinweis auf die erforderlichen Zukunftsinvestitionen. Theorie und Praxis für die Infrastruktur einer Volkswirtschaft lassen keinen Zweifel an der Verantwortung des Staates. Sie darf jedoch nicht darauf reduziert werden, einer über den Kapitalmarkt finanzierten Infrastruktur durch Bereitstellung von Bürgschaften und Steuermitteln für den Kapitaldienst den Weg zu ebnen.

Es ist nicht einzusehen, warum die neuen Bundesländer mit ihrem ungeheuren Nachholbedarf im Verkehrswegebau, der Wohnungs- und Stadtsanierung das westdeutsche System der Arbeitslosigkeit und der Arbeitslosenversicherung bloß nachahmen sollten. Es finanziert mit einem Milliardenaufwand (bei 2 Millionen Arbeitslosen mindestens 24 Milliarden D-Markt jährlich) "Lohnersatz" für Arbeitslose, statt Arbeitsplätze zu bieten. Die Arbeitslosengelder könnten in einem "Deutschen Gemeinschaftswerk" (Blum 1986) nach dem Muster Ludwig Erhards in den sechziger Jahren für die erkennbaren "Gemeinschaftsaufgaben" in den neuen Bundesländern sinnvoller eingesetzt werden. Es verstößt gegen die ökonomische Vernunft, wenn z. B. ein Baukombinat Arbeiter entlässt. Auch bei geringer Produktivität könnten sie bei der Stadt- und Straßensanierung volkswirtschaftlich nützlicher sein als sie es als "bezahlte Arbeitslose" sind - ganz abgesehen von den sozialen, politischen und ethischen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit.

Wenn das ökonomische, insbesondere das ordnungstheoretische Denken den Übergang vom "dualistischen zum pluralistischen Denken" vollzieht und Reformen des Wirtschaftssystems der Wirklichkeit entsprechend als "dritte Wege" und in kleinen Schritten (Herder-Dorneich 1990) eines dynamischen Prozesses über

Märkte und demokratische, politische Entscheidungen zuläßt, dann sollte es "strategischem Management" in Wirtschaft und Politik leicht fallen, einen Weg zu finden, mit Hilfe eines neuen Deutschen Gemeinschaftswerks Arbeit zu finanzieren statt Lohnersatz für Arbeitslosigkeit. Denn anders als in den alten Bundesländern könnte kein Wirtschaftswissenschaftler auf die Idee kommen, Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern signalisiere, daß der Gesellschaft die Arbeit ausgeht. Es mangelt lediglich an privatwirtschaftlich rentabler Arbeit. In der Volkswirtschaft warten dagegen dringende Aufgaben gerade bei der Verbesserung der Infrastruktur für private Investitionen.

Das skizzierte "Neue Deutsche Gemeinschaftswerk" ließe sich entsprechend der Arbeitslosigkeit in den Kommunen und Regionen so dezentral organisieren, daß Mittel da zur Verfügung stehen, wo die Menschen arbeitslos werden oder geworden sind. Der Einsatz der Mittel verursacht weniger Sorge um "neue Planwirtschaft" als z. B. die Treuhandanstalt. Die bisherigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) bieten ein Modell und Erfahrungen für eine Steuerung des Arbeitsangebotes in Zusammenarbeit kommunaler und regionaler öffentlicher Stellen mit Experten aus der privaten Wirtschaft.

Das könnte eine Gemeinde in die Lage versetzen, Verkehrswege und Häuser zu sanieren, neue Aufträge zu erteilen, bzw. alte aufrecht zu erhalten, oder drängende soziale Aufgaben zu erfüllen. Private Unternehmen, vor allem bei den kleinen und mittleren Betrieben, erhielten die Chance zu erleichtertem Start oder besserer Wettbewerbsfähigkeit, wenn Arbeitskräfte zum Teil aus dem Deutschen Gemeinschaftswerk finanziert würden. Aussicht auf Arbeit statt Arbeitslosenunterstützung vermindert die Neigung zur Abwanderung und entlastet den Sozialat der Gemeinden.

Wenn aus dem "Tod des Sozialismus" bloß die Überlegenheit der Marktwirtschaft gefolgt wird - wovor vor Monaten auch der Papst auf einer Reise durch mittelamerikanische Länder warnte -, dann wird der Sozialismus, bestenfalls die "sozial verantwortlich gesteuerte Marktwirtschaft", wieder neu erfunden werden müssen. Nicht zufällig versuchte der Sozialismus der DDR für seine Alternative zum Kapitalismus mit der "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" zu werben. Das war genau auch die Botschaft des Ordoliberalismus gegenüber einer bloßen sozialen Kompensation von Fehlentwicklungen der Marktprozesse als Sozialpolitik, die im 19. Jahrhundert aus der Bedrohung durch politische Instabilität und Übergang zu einer sozialistischen Ordnung entstand. Auch die So-

ziale Marktwirtschaft wollte nicht Beschwichtigung von sozialen Konflikten zwischen Arbeit und Kapital durch Sozialpolitik, sondern die Überwindung dieses alten "Klassenkampfes" durch eine "sozial verantwortliche Steuerung" (Blum 1980).

Deshalb beseitigt das verbreitete Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft bei den Bürgern in den neuen Bundesländern keineswegs "viele angstvolle Fragen, ob die angestrebte neue Art zu wirtschaften auch wirklich mit sozialem Fortschritt verbunden werden kann" (Stübler 1990, S. 9). Auch in den alten Bundesländern sieht die Bevölkerung "in ihrem Staat vor allem den Sozialstaat und macht Loyalität zum Staat wesentlich davon abhängig, ob der Sozialstaat die Erwartungen der Bürger erfüllt" (Biedenkopf 1990b, S. 108). Das ist nicht bei einer bloßen Integration der neuen Bundesländer in die bestehende Ordnung der alten Bundesländer zu erwarten. "Marktwirtschaft nach Plan?" "Die Frage muß vielmehr lauten: Wie soll dieses Deutschland aussehen, das aus der Vereinigung beider deutscher Staaten entsteht?" (Biedenkopf 1990b, S. 102).

Literaturhinweise

Biedenkopf, K. H. (1990a), Recht schafft Frieden, "Die Zeit", Hamburg, vom 23.03.1990, Seite 34.

Biedenkopf, K. H. (1990b), Das zusammenwachsende Deutschland: Chancen für Europa. In: G. Nötzold (Hrsg.), Die Stunde der Ökonomen - Prioritäten nach der Wahl in der DDR und die Zukunft der europäischen Wirtschaftsbeziehungen. Veröffentlichungen der Hans-Martin-Schleyer-Stiftung, Bd. 31, Essen, S. 9 f.

Blum, R. (1980), Artikel Marktwirtschaft, Soziale, Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften (HdWW), Stuttgart/New York.

Blum, R. (1981), Soziale Marktwirtschaft als weltwirtschaftliche Strategie, in: U. Simonis (Hrsg.), Ordnungspolitische Fragen zum Nord-Süd-Konflikt, Schriften des Vereins für Socialpolitik, München, Bd. 129, S. 123 - 152.

Blum, R. (1983), Organisationsprinzipien der Volkswirtschaft. Neue mikroökonomische Grundlagen für die Marktwirtschaft. Frankfurt a. M./New York.

Blum, R. (1985), Theorie und Praxis der Sozialen Marktwirtschaft. Eine organisationstheoretische Perspektive. In: "WiSt. Wirtschaftswissenschaftliches Studium". Jg. 14, S. 485 - 591.

Blum, R. (1986), Wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität durch konzentrierte Aktionen. In: H. Körner und Ch. Uhlig (Hrsg.), Die Zukunft der Globalsteuerung. Karl Schiller zum 75. Geburtstag gewidmet. Bern. S. 201 - 228.

Blum, R. (1989), Das "Theoriedefizit" für Strukturberichterstattung und Strukturpolitik. In: B. Gahlen, B. Meyer, J. Schumann, (Hrsg.), Wirtschaftswachstum, Strukturwandel und dynamischer Wettbewerb. Festschrift für Ernst Helmstädter zum 65. Geburtstag. Springer-Verlag, Berlin/ Heidelberg/New York/London/Paris/Tokyo. S. 233 - 250.

Blum, R. (1990), Die Inkompetenz der Fachkompetenz beim Technologiemanagement. In: R. Bühner (Hrsg.), Führungsorganisation und Technologiemanagement. Festschrift zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. Friedrich Hoffmann. Berlin. S. 25 - 51.

Blum, R. (1991), Wirtschaftsethik oder Ethik in der Wirtschaft. Tagungsband der WE-Heraeus-Stiftung zum Thema Technikpolitik angesichts der Umweltkatastrophe, (Physica-Verlag) Heidelberg.

Deutsche Bischofskonferenz (1987), (Hrsg.), Enzyklika *Sollicitudo Rei Socialis*. In: Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 82, Bonn 30.12.1987.

Dow, Sh. C. (1990), Beyond dualism, Cambridge Journal of Economics 14 (1990), S. 143 - 157.

Frey, B. S. (1981), Theorie demokratischer Wirtschaftspolitik, München.

Gutowski, A. (1985), Arbeit und Soziales in einer marktwirtschaftlichen Ordnungspolitik. In: FIW-Schriftenreihe, H. 115, Köln/Berlin/Bonn/München, (Heymanns).

Haussmann, H. (1990), Das Pramat der Politik, "Die Zeit", Hamburg, vom 20.04.1990, S. 28 ff.

Herder-Dorneich, Ph. (1989), Perestroika und Ordnungspolitik. Modelle der Systemreform in Teilschritten. Baden Baden (Nomos Verlagsgesellschaft).

Lampert, H. und Bossert, A. (1987), Die Soziale Marktwirtschaft - eine theoretisch unzulänglich fundierte ordnungspolitische Konzeption? Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 32. Jahr, S. 109 ff.

Müller-Armack, A. (1966), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration. Freiburg i. Br. (Verlag Rombach).

Reuter, E. (1990), Ein neues Netz für den Frieden. "Die Zeit", Hamburg, vom 16.03.1990, S. 41 ff.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1990), Sondergutachten "Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR: Voraussetzungen und Möglichkeiten" vom 20.01.1990, Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Drucksache 11/6301.

Streit, M. (1990), Demokratischer Sozialismus, "WiSt Wirtschaftswissenschaftliches Studium", Jg. 19 (1990), H. 5, S. 217.

Stübler, D. (1990), Eröffnung, in: G. Nötzold (Hrsg.), Die Stunde der Ökonomen - Prioritäten nach der Wahl in der DDR und die Zukunft der europäischen Wirtschaftsbeziehungen. Veröffentlichungen der Hans-Martin-Schleyer-Stiftung, Bd. 31, Essen, S. 9 f.

Woll, A. (1984) Weniger Staat als Gebot der Stunde. In: Wirtschaftsdienst, Hamburg, Jg. 24, S. 11 ff. (Zeitgespräch zum Thema: Mehr Markt, weniger Staat?).



Bisher erschienen unter der Fachgruppe Makroökonomie

Beitrag Nr.	1:	Bernhard Gahlen	Neuere Entwicklungstendenzen und Schätzmethoden in der Produktionstheorie
Beitrag Nr.	2:	Ulrich Schittko	Euler- und Pontrjagin-Wachstums-pfade
Beitrag Nr.	3:	Rainer Feuerstack	Umfang und Struktur geburtenre-gelnder Maßnahmen
Beitrag Nr.	4:	Reinhard Blum	Der Preiswettbewerb im § 16 GWB und seine Konsequenzen für ein "Neues Wettbewerbskonzept"
Beitrag Nr.	5:	Martin Pfaff	Measurement Of Subjective Welfare And Satisfaction
Beitrag Nr.	6:	Arthur Strassl	Die Bedingungen gleichgewichti-gen Wachstums

Bisher erschienen unter dem Institut für Volkswirtschaftslehre

Beitrag Nr.	7:	Reinhard Blum	Thesen zum neuen wettbewerbs-politischen Leitbild der Bundes-republik Deutschland
Beitrag Nr.	8:	Horst Hanusch	Tendencies In Fiscal Federalism
Beitrag Nr.	9:	Reinhard Blum	Die Gefahren der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen
Beitrag Nr.	10:	Reinhard Blum	Ansätze zu einer rationalen Struk-turpolitik im Rahmen der marktwirt-schaftlichen Ordnung
Beitrag Nr.	11:	Heinz Lampert	Wachstum und Konjunktur in der Wirtschaftsregion Augsburg
Beitrag Nr.	12:	Fritz Rahmeyer	Reallohn und Beschäftigungsgrad in der Gleichgewichts- und Un-gleichgewichtstheorie
Beitrag Nr.	13:	Alfred E. Ott	Möglichkeiten und Grenzen einer Regionalisierung der Konjunktur-politik
Beitrag Nr.	14:	Reinhard Blum	Wettbewerb als Freiheitsnorm und Organisationsprinzip

Beitrag Nr.	15:	Hans K. Schneider	Die Interdependenz zwischen Energieversorgung und Gesamtwirtschaft als wirtschaftspolitisches Problem
Beitrag Nr.	16:	Eberhard Marwede Roland Götz	Durchschnittliche Dauer und zeitliche Verteilung von Großinvestitionen in deutschen Unternehmen
Beitrag Nr.	17:	Reinhard Blum	Soziale Marktwirtschaft als weltwirtschaftliche Strategie
Beitrag Nr.	18:	Klaus Hüttlinger Ekkehard von Knorring Peter Welzel	Unternehmensgröße und Beschäftigungsverhalten - Ein Beitrag zur empirischen Überprüfung der sog. Mittelstands- bzw. Konzentrationshypothese -
Beitrag Nr.	19:	Reinhard Blum	Was denken wir, wenn wir wirtschaftlich denken?
Beitrag Nr.	20:	Eberhard Marwede	Die Abgrenzungsproblematik mittelständischer Unternehmen - Eine Literaturanalyse -
Beitrag Nr.	21:	Fritz Rahmeyer Rolf Grönberg	Preis- und Mengenanpassung in den Konjunkturzyklen der Bundesrepublik Deutschland 1963 - 1981
Beitrag Nr.	22:	Peter Hurler Anita B. Pfaff Theo Riss Anna Maria Theis	Die Ausweitung des Systems der sozialen Sicherung und ihre Auswirkungen auf die Ersparnisbildung
Beitrag Nr.	23:	Bernhard Gahlen	Strukturpolitik für die 80er Jahre
Beitrag Nr.	24:	Fritz Rahmeyer	Marktstruktur und industrielle Preisentwicklung
Beitrag Nr.	25:	Bernhard Gahlen Andrew J. Buck Stefan Arz	Ökonomische Indikatoren in Verbindung mit der Konzentration. Eine empirische Untersuchung für die Bundesrepublik Deutschland
Beitrag Nr.	26A:	Christian Herrmann	Die Auslandsproduktion der deutschen Industrie. Versuch einer Quantifizierung
Beitrag Nr.	26B:	Gebhard Flaig	Ein Modell der Elektrizitätsnachfrage privater Haushalte mit indirekt beobachteten Variablen

Beitrag Nr. 27A:	Reinhard Blum	Akzeptanz des technischen Fortschritts - Wissenschafts- und Politikversagen -
Beitrag Nr. 27B:	Anita B. Pfaff Martin Pfaff	Distributive Effects of Alternative Health-Care Financing Mechanisms: Cost-Sharing and Risk-Equivalent Contributions
Beitrag Nr. 28A:	László Kassai	Wirtschaftliche Stellung deutscher Unternehmen in Chile. Ergebnisse einer empirischen Analyse (erschienen zusammen mit Mesa Redonda Nr. 9)
Beitrag Nr. 28B:	Gebhard Flraig Manfred Stadler	Beschäftigungseffekte privater F&E-Aufwendungen - Eine Paneldaten-Analyse
Beitrag Nr. 29:	Gebhard Flraig Viktor Steiner	Stability and Dynamic Properties of Labour Demand in West-German Manufacturing
Beitrag Nr. 30:	Viktor Steiner	Determinanten der Betroffenheit von erneuter Arbeitslosigkeit - Eine empirische Analyse mittels Individualdaten
Beitrag Nr. 31:	Viktor Steiner	Berufswechsel und Erwerbsstatus von Lehrabsolventen - Ein bivariate Probit-Modell
Beitrag Nr. 32:	Georg Licht Viktor Steiner	Workers and Hours in a Dynamic Model of Labour Demand - West German Manufacturing Industries 1962 - 1985
Beitrag Nr. 33:	Heinz Lampert	Notwendigkeit, Aufgaben und Grundzüge einer Theorie der Sozialpolitik
Beitrag Nr. 34:	Fritz Rahmeyer	Strukturkrise in der eisenschaffenden Industrie - Markttheoretische Analyse und wirtschaftspolitische Strategien
Beitrag Nr. 35	Manfred Stadler	Die Bedeutung der Marktstruktur im Innovationsprozeß - Eine spieltheoretische Analyse des Schumpeterischen Wettbewerbs

Beitrag Nr.	36	Peter Welzel	Die Harmonisierung nationaler Produktionssubventionen in einem Zwei-Länder-Modell
Beitrag Nr.	37	Richard Spies	Kostenvorteile als Determinanten des Marktanteils kleiner und mittlerer Unternehmen
Beitrag Nr.	38A	Viktor Steiner	Langzeitarbeitslosigkeit, Heterogenität und "State Dependence": Eine mikroökonomische Analyse
Beitrag Nr.	38B	Peter Welzel	A Note on the Time Consistency of Strategic Trade Policy
Beitrag Nr.	39	Günter Lang	Ein dynamisches Marktmodell am Beispiel der Papiererzeugenden Industrie
Beitrag Nr.	40	Gebhard Flraig Viktor Steiner	Markup Differentials, Cost Flexibility, and Capacity Utilization in West-German Manufacturing
Beitrag Nr.	41	Georg Licht Viktor Steiner	Abgang aus der Arbeitslosigkeit, Individualeffekte und Hysteresis. Eine Panelanalyse für die Bundesrepublik
Beitrag Nr.	42	Thomas Kuhn	Zur Theorie der Zuweisungen im kommunalen Finanzausgleich
Beitrag Nr.	43	Uwe Cantner	Produkt- und Prozeßinnovation in einem Ricardo-Außenhandelsmodell
Beitrag Nr.	44	Thomas Kuhn	Zuweisungen und Allokation im kommunalen Finanzausgleich
Beitrag Nr.	45	Gebhard Flraig Viktor Steiner	Searching for the Productivity Slowdown: Some Surprising Findings from West German Manufacturing
Beitrag Nr.	46	Manfred Stadler	F&E-Verhalten und Gewinnentwicklung im dynamischen Wettbewerb. Ein Beitrag zur Chaos-Theorie
Beitrag Nr.	47	Alfred Greiner	A Dynamic Theory of the Firm with Endogenous Technical Change
Beitrag Nr.	48	Horst Hanusch Markus Hierl	Productivity, Profitability, and Innovative Behavior in West German Industries

Beitrag Nr.	49	Karl Morasch	F&E-Erfolgswahrscheinlichkeit und Kooperationsanreize
Beitrag Nr.	50	Manfred Stadler	Determinanten der Innovationsaktivitäten in oligopolistischen Märkten
Beitrag Nr.	51	Uwe Cantner Horst Hanusch	On the Renaissance of Schumpeterian Economics
Beitrag Nr.	52	Fritz Rahmeyer	Evolutiatische Ökonomik, technischer Wandel und sektorales Produktivitätswachstum
Beitrag Nr.	53	Uwe Cantner Horst Hanusch	The Transition of Planning Economies to Market Economies: Some Schumpeterian Ideas to Unveil a Great Puzzle
Beitrag Nr.	54	Reinhard Blum	Theorie und Praxis des Übergangs zur marktwirtschaftlichen Ordnung in den ehemals sozialistischen Ländern



